



Rechtsextremismus wirksam bekämpfen

Gemeinsames Antragspaket von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus

Pressegespräch mit

Florian Ritter, MdL, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Datenschutz und für die Bekämpfung des Rechtsextremismus

und

Katharina Schulze, MdL, Fraktionsvorsitze der Landtags-Grünen und Sprecherin für Inneres und Strategien gegen Rechtsextremismus

**20. März 2017, 10.30 Uhr,
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag**

Bayern ist lebenswert und attraktiv, vor allem auch wegen seiner Vielfalt, der Toleranz und der Weltoffenheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Menschen mit den verschiedensten Lebensentwürfen, mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen haben hier ihre Heimat gefunden. Sie haben das Land bereichert und damit zum weltoffenen und pluralen Leben beigetragen. Diese Grundlagen unseres Zusammenlebens werden aber in Frage gestellt durch den Rechtsextremismus und jegliche Form von Menschenfeindlichkeit. Bayern hat eine gewaltbereite Neonazi-Szene von mehreren tausend Personen. Nicht nur die stark gestiegene Zahl rechtsextremer Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte und die Vorfälle mit den so genannten „Reichsbürgern“ haben in jüngster Zeit hierauf ein Schlaglicht geworfen. Rechtsextreme sammeln sich zunehmend in Bayern in neuen Organisationen (Bsp. „Der Dritte Weg“). Die Bedrohungen sind nicht zu unterschätzen, erst recht da heute in einem sich verändernden gesellschaftlichen Klima rechte und rechtspopulistische Kräfte Aufwind haben. Menschenfeindliche Einstellungen sind in der sogenannten Mitte der Gesellschaft vorhanden, wie verschiedene Studien belegen.

Bündnis 90/Die Grünen und SPD nehmen die Gefahren, die vom Rechtsextremismus für unsere Gesellschaft ausgehen, sehr ernst. Wir fordern seit Jahrzehnten ein konsequentes und nachhaltiges Eintreten gegen Neonazis, aber auch gegen eine antidemokratische Kultur, Rassismus und jede Form von Ungleichwertigkeitsvorstellung. Wir, GRÜNE und SPD, sind davon überzeugt, dass Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist.

2009 hat die CSU-Regierung ein „Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ beschlossen. Dieses Konzept der Staatsregierung ist unzureichend, um rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremer Gewalt zu begegnen. Die CSU ist fixiert auf sicherheitsbehördliche Maßnahmen. Das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechts wird dagegen zu wenig anerkannt, eingebunden und gefördert. Es mangelt an präventiven Angeboten, v.a. im Bildungsbereich. Auf viele aktuelle Fragen wie den Umgang mit dem Rechtspopulismus gibt das Konzept der CSU-Regierung keine Antworten.

Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben das Handlungskonzept der CSU-Regierung von Anfang an kritisch begleitet. Auch in dieser Legislaturperiode ist die Auseinandersetzung mit dem „Handlungskonzept“ ein Schwerpunkt unserer parlamentarischen Arbeit gegen Rechtsextremismus. Auf rot-grünen Antrag hin gab es am 19. Oktober 2016 eine Anhörung von Experten aus Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft im Bayerischen Landtag zur notwendigen Weiterentwicklung des Handlungskonzepts. Das Ergebnis der Anhörung war sehr eindeutig. Das bisherige Vorgehen der CSU-Regierung ist unzureichend und planlos. Es braucht dringend eine grundlegende Weiterentwicklung der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Da rechte Hetze und Gewalt massiv zunehmen, kann es ein ‘Weiter so’ nicht mehr geben. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Expertenanhörung haben wir, Grüne und

SPD, gemeinsam ein umfangreiches Antragspaket zur Weiterentwicklung des „Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus beschlossen. Mit unseren

Vorschlägen für die dringend nötigen Korrekturen zeigen wir der CSU-Regierung, wie eine entschlossene, zeitgemäße und wirkungsvolle Bekämpfung von Rechtsextremismus und jeglicher Form von Menschenfeindlichkeit gelingen kann. Es braucht ein Vorgehen, das auf mehreren Säulen steht und auf verschiedenen Ebenen verankert ist. Neben einem konsequenten repressiven Vorgehen gegenüber rechten Straf- und Gewalttätern sind gleichzeitig die demokratische Kultur sowie präventive (Bildungs-) Angebote zu fördern. Staatliche Maßnahmen sind wichtig, aber unerlässlich ist auch die Einbeziehung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure. Das enorme Potential der vielfältigen Initiativen, die sich für unsere Demokratie und gegen Menschenverachtung engagieren, muss genutzt und unterstützt werden.

Die grün-roten Forderungen im Überblick:

- **Wissenschaftliche Bestandsaufnahme des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus**
- **Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure in das Handlungskonzept nach einem breiten Konsultationsprozess**
- **Ermittlung des Handlungsbedarfs durch eine tiefgreifende Problemanalyse (Problemdefinition auf dem Stand der aktuellen Forschung) und Erfassung des Ausmaßes menschenfeindlicher Einstellungen in der bayerischen Bevölkerung**
- **Zentrale Koordinierungsstelle Demokratie einrichten**
- **Eigenständiges Landesprogramm einrichten zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Träger**
- **Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt einrichten**
- **Zivilgesellschaftliche Aussteigerberatung ausbauen und fördern**
- **Keine Bildungsarbeit in den Schulen durch den Verfassungsschutz und die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE); stattdessen das Bildungsangebot von zivilgesellschaftlichen Trägern und Trägern der politischen fördern**
- **Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus (Community Coaching)**
- **Regelmäßige Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des neuausgerichteten Bayerischen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus**